

Thema: Diversität in Gesundheitswesen und Pflege

Was wollen Sie tun, dass das Personal in diesen Bereichen zu LSBTIQ*-Themen sensibilisiert und dies in Aus- und Fortbildung fest verankert wird, sowie für Trans* und Inter*-Menschen Zugangsbarrieren zu medizinischer und psychischer Hilfe abgebaut werden?

CDU

Gesundheit ist unser wichtigstes und wertvollstes Gut. Wer krank ist oder wem gesundheitliche Probleme drohen, dem muss schnell und kompetent geholfen werden. In der Pandemie hat sich unser gut aufgestelltes und zuverlässiges Gesundheitssystem bewährt. Dieses werden wir erhalten, fördern und im Sinne einer guten medizinischen Versorgung weiterentwickeln. Gegen diskriminierende Praktiken im Gesundheitswesen gehen wir vor. Wir handeln weiterhin gegen den pauschalen Ausschluss von der Blutspende aufgrund der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität. Wir haben uns zudem erfolgreich für ein Verbot medizinisch nicht gebotener Geschlechtsangleichungen von Kindern eingesetzt.

SPD

Queere Menschen mit mentalen Erkrankungen sind häufig Doppelstigmatisierungen und doppelter Diskriminierung ausgesetzt. Gerade im ländlichen Raum gibt es wenig Beratungsangebote und geschützte Räume für LSBTIQ*. Junge LSBTIQ* sind überdurchschnittlich suizidgefährdet. Die Gründe sind vielfältig. Liegen aber im Wesentlichen an Stigmatisierung, Diskriminierung und mangelnder Unterstützung im familiären Umfeld oder Freundeskreis. Neben Schutzräumen und Angeboten braucht es auch deutlich mehr Sichtbarkeit queerer Lebensentwürfe. Auch die aktuelle Generation von LSBTIQ*-Seniorinnen und -Senioren nehmen wir in den Blick und werden die Träger von Einrichtungen der Altenhilfe sensibilisieren, dass eine LSBTIQ*-kultursensible Pflege und Betreuung zum Standard wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Versorgung für HIV-Patienten aufrechterhalten wird und Patienten keine weiten Wege gehen zurücklegen müssen und ihre Patientengeschichte wieder und wieder erzählen müssen.

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Pathologisierung von Trans- und Intergeschlechtlichkeit muss endlich beendet werden. In unserem Antrag „Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren“ hatten wir bereits 2018 gefordert, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG) und das Diskriminierungsverbot (Art. 3 Abs. 3 GG) auch die geschlechtliche Identität derjenigen schützt, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen. Intersexuellen steht das Recht auf einen positiven Geschlechtseintrag jenseits von männlich und weiblich, der ihre Diskriminierung nicht weiterfortsetzt, zu.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat eine weitaus größere Bedeutung für die geschlechtliche Selbstbestimmung als lediglich der Eintrag ins Personenstandregister selbst.

Geschlechtsangleichende medizinische Eingriffe an Kindern sind aus unserer Sicht ausschließlich dann zulässig, wenn eine medizinische Indikation auf Grund einer lebensbedrohlichen Situation vorliegt.

LSVD #QueerCheck zur Landtagswahl NRW 2022

Wir haben die Landesregierung bereits aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein Hilfsfonds aufgelegt und ein entsprechendes Konzept erarbeitet wird, um betroffenen intersexuellen Menschen Entschädigung für erlittene medizinische Eingriffe und/oder Behandlungen zukommen zu lassen.

Gemeinsam mit den Betroffenen soll auf Landesebene ein Konzept entwickelt werden, wie die Selbsthilfeinfrastruktur gestärkt werden kann, und Fortbildungsangebote für Selbsthilfekontaktstellen zu schaffen. Die Forschung zum Thema Intersexualität ist zu unterstützen, um die bestehenden Informationsdefizite zu beseitigen.

In der Aus-, Fort- und Weiterbildung von medizinischem Fachpersonal soll auf die Sensibilisierung hinsichtlich des Phänomens Intersexualität hingewirkt werden. Auf Landesebene ist sicherzustellen, dass die Selbsthilfereferenten und -referentinnen der Krankenkassen für die besonderen Bedürfnisse von Intersexuellen sensibilisiert werden. Es ist außerdem wichtig darauf hinzuwirken, dass Eltern bei der Geburt eines intersexuellen Kindes umfassend über die biologische Besonderheit ihres Kindes aufgeklärt werden. Dabei ist nicht nur eine unabhängige psychosoziale Beratung, sondern auch der Kontakt zu Selbsthilfestellen von Anfang an sicherzustellen.

FDP

Der Landtagsbeschluss zum Verbot medizinisch nicht gebotener Geschlechtsangleichungen war ein Meilenstein für den Schutz intergeschlechtlicher Menschen und ein wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung sowie Aufklärung des ärztlichen Umfelds für das Thema Intergeschlechtlichkeit. Über das bundesweit einmalige Portal inter-nrw.de haben wir darüber hinaus das Informations- und Beratungsangebot deutlich gestärkt und wollen die Strukturen für intergeschlechtliche Menschen weiter ausbauen.

Die Absicht der neuen Bundesregierung, das Transsexuellengesetz durch ein Selbstbestimmungsgesetz zu ersetzen, unterstützen wir ausdrücklich.

Wir setzen uns für eine LSBTIQ*-sensible Altenpflege in Anlehnung an die kultursensible Altenpflege und regional verteilte, strukturell verankerte Pileteinrichtungen ein. Wir wollen die Förderung von Projekten weiter ausbauen, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen, wie Projekte für Senioren durch Peer-to-peer-Beratung. Insbesondere diese Altersgruppe war noch von der Unterdrückung und Verfolgung unter dem alten § 175 StGB betroffen und benötigt in Folge von Geheimhaltung ihrer sexuellen Orientierung oder traumatischer Erfahrungen aufgrund von sozialer Isolation oftmals Unterstützung.

Männer und Frauen erkranken aufgrund biologischer Unterschiede verschieden. Dem sollten auch Medizin und Forschung Rechnung tragen. Wir setzen uns deswegen für konkrete Forschungsprojekte zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pharmazie in Nordrhein-Westfalen ein. Wir setzen uns für eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung ein, die sich am Individuum

also dem Patienten orientiert. Hierbei darf es keine Rolle spielen, welche sexuelle Orientierung oder Identität die Patientinnen und Patienten haben. Geschlechter Spezifische Medizin wollen wir ausdrücklich fördern und hier in Forschung investieren.

AfD

LSVD #QueerCheck zur Landtagswahl NRW 2022

Die besonderen Bedürfnisse dieser Menschen sollten natürlich Bestandteil der Ausbildung von Gesundheits- und Pflegepersonal sein.

Die Linke

Wir wollen Queere Themen verbindlich in den Ausbildungen im Pflege- und Gesundheitswesen integrieren. Queere Menschen haben besondere Bedürfnisse und ein Recht auf eine diskriminierungsarme Umgebung im Pflege- und Gesundheitswesen.

DIE LINKE NRW setzt sich für eine diskriminierungssensible, barrierefreie und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung ein. Die Blutspenderrichtlinie muss dringend überarbeitet und auf den wissenschaftlichen Stand gebracht werden, Ausschlusskriterien und Fristsetzungen, die schwule und bisexuelle Männer sowie trans* Personen diskriminieren, gehören abgeschafft. Es braucht einen Gesundheitsbericht für LSBTIQA*, um ihre Bedarfe besser zu erkennen und umzusetzen. Wir setzen uns für queere Gesundheitszentren mit Schwerpunkt Trans* und Inter* auch in Kleinstädten und ländlichen Gebieten ein. LSBTIQA* brauchen freien Zugang zu medizinischen Leistungen. Die anfallenden Kosten soll die gesetzliche Krankenkasse übernehmen, unabhängig vom Aufenthalts- oder Versichertenstatus.

Die Piraten

Wir PIRATEN setzen uns für die Unterstützung von Initiativen ein, welche die Akzeptanz und Selbstbestimmung sexueller Vielfalt fördern. Zusätzlich fordern wir, dass Menschen im Öffentlichen Dienst und der Pflege im Umgang mit queeren Themen geschult werden. Dies soll die Sensibilität gegenüber Diskriminierung erhöhen und die Ausbreitung von Fehlinformationen verhindern.

Alle weiteren Antworten auf die LSVD-Wahlprüfsteine und die Auswertung des #QueerChecks: www.nrw.lsvd.de/landtagswahl-2022/